

WASSERPREIS

Gefährliche Rechenspiele



Wasserturm in Limpertsberg. Zinnen und Schießscharten gegen die Privatisierungs-Offensive.

(Foto: RK)

In der Endphase der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie geht es darum, wie der "wahre" Preis berechnet wird. Dass Preiswahrheit eine Vorstufe zur Liberalisierung ist, wird dabei ausgeblendet.

Um wie viel teurer wird das Wasser durch die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRR) in Luxemburg? Diese Frage beschäftigt die Gemüter, wovon die Zahl der BesucherInnen des Seminars "Preiswahrheit beim Wasser" am vergangenen Dienstag im Kulturzentrum Neumünster zeugt. Die Informationen zu Preismodellen im Ausland waren hochinteressant, doch auf die Frage nach der künftigen Preisgestaltung in Luxemburg gab es leider keine präzise Antwort. Immerhin nannte der Direktor des Wasserwirtschaftsamts einen geschätzten Mittelwert: 2,2 Euro pro Kubikmeter. Damit bleibe das Leitungswasser unendlich billiger als Mineralwasser, fügte er hinzu. "Daran sollte man erinnern, um den Leuten die Angst vor der Preissteigerung zu nehmen."

"Eine gute Kommunikation ist das Wichtigste", befand auch Innenminister Jean-Marie Halsdorf, zuständig für die Wasserwirtschaft. Er weiß, wovon er redet: Als er im Januar 2005 eine geringfügige Verschmutzung des Sebeswassers weder vertuscht, noch deswegen den Ausnahmezustand ausgerufen hatte, fand er sich im Kreuzfeuer der Kritik wieder. Auch beim Versuch, die neuen Wasserpreise zu rechtfertigen, riskiert er, sich zwischen zwei Stühle zu setzen: Wenn er nämlich die Verteuerung herunterspielt, kann er die Wasserrahmenrichtlinie nicht mehr als Bollwerk wider die Verschwendung des wertvollen Gutes Wasser verkaufen.

Sauberer, aber teurer

Bis 2015 soll in allen Fließgewässern der EU eine gute Wasserqualität erreicht werden, das schreibt die WRR vor. Außerdem soll beim Wasserpreis, Klär- und Kühltaxen einbezogen, das Kostendeckungsprinzip und das Verursacherprinzip zum Tragen kommen. In Luxemburg werden bereits jetzt die Kosten für die Aufbereitung des Trinkwassers zum größten Teil vom Preis abgedeckt. Die Klärung des Abwassers dagegen wird zu drei Vierteln durch öffentliche Zuschüsse finanziert. Laut André Weidenhaupt lässt die WRR aber einen gewissen Spielraum, was die öffentliche Finanzierung von Maßnahmen für eine gute Wasserqualität angeht. Der von ihm genannte Preis von 2,2 Euro pro Kubikmeter - derzeit sind es durchschnittlich 1,7 Euro - dürfte insbesondere die Möglichkeit einrechnen, den Bau von Kläranlagen weiterhin staatlich zu fördern.

Dabei geht es um eine Milliarde Euro. Das jedenfalls ist die Schätzung Jean-Marie Halsdorfs, was Ausgaben wie Kläranlagen und Renaturierungen bis 2015 angeht. Doch nicht nur der Gesamtimpact der WRR auf Kosten und Preis zählt. Auch auf die Frage, wie die einzelnen VerbraucherInnen zur Kasse gebeten werden, gibt es viele mögliche Antworten. In Wallonien zum Beispiel gilt ein einheitlicher Wasserpreis, ganz gleich, in welcher Stadt oder Gemeinde man wohnt. In Luxemburg dagegen gibt es 116 verschiedene Wasserpreise, so viele wie Gemeinden. So zahlt man in manchen Gemeinden nur eine Grundgebühr für den Anschluss an die Kläranlage, in den meisten dagegen eine Klärtaxe pro Kubikmeter verbrauchtes Wasser. Mit Rücksicht auf die Gemeindeautonomie will das Innenministerium keinen Einheitspreis vorschreiben, versucht aber, ein einheitliches landesweites Berechnungsmodell auszuhandeln. Die wichtige Frage, ob der Kubikmeterpreis mit der verbrauchten Menge steigen soll,

um zum Sparen zu ermutigen, wollte der Innenminister während des Seminars allerdings nicht beantworten.

Ein Problem des Wasser-Managements auf Gemeindeebene ist, dass ein Teil der Aufgaben und Kosten auf regionaler Ebene anfallen. Das reicht von großen Kläranlagen bis hin zu Renaturierungen und weniger Nitratsatz in der Landwirtschaft. In Frankreich zum Beispiel werden Ausgaben zum Ressourcenschutz auf der Ebene der Einzugsgebiete von Flüssen getätigt. Verantwortlich hierfür sind die Wasseragenturen, die zum Teil vom Staat, zum Teil über besondere Steuern finanziert werden. In Nordrhein-Westfalen wurde ein ähnlicher Mechanismus eingeführt, das Wasserentnahme-Entgelt. Der Umweltökonom Dieter Ewringmann, bekannt wegen seiner Mitarbeit am Luxemburger CO₂-Plan, erläuterte den Sinn dieser Abgabe. Sie erlaube über die betriebswirtschaftlichen Kosten hinaus, die Umwelt- und Ressourcenkosten zu decken. Weil aber die einzelnen Wasserversorger letztere nicht erfassen können, wird das Wasserentnahme-Entgelt auf einer höheren Ebene festgelegt und auf den Wasserpreis aufgeschlagen.

Aqua economica

Skeptisch äußerte sich der Schlussredner Jean Schiltz, Direktor der technischen Dienste der Stadt Luxemburg, ob solche Vorschläge dem Verursacherprinzip gerecht würden. Zum Beispiel würden über pauschale Steuern die Verbraucher für Nitrat- und Pestizidbelastungen zur Kasse gebeten, obwohl sie nicht die Verursacher sind. Im Sinne der Preiswahrheit müsse man erklären können, welchen Kosten jede einzelne Abgabe entspricht. Schiltz war auch der einzige Redner, der die Logik der WRR, Wasser nur als Wirtschaftsgut zu behandeln, in Frage stellte.

Zur Gefahr einer Privatisierung gab es nur vage Aussagen. Jean-Marie Halsdorf versicherte, dass die Regierung für eine Wasserwirtschaft in öffentlicher Hand sei. Eine Klausel, die ein Outsourcing der Wasserversorgung durch die Gemeinden verhindern könnte, ist aber in dem Gesetzesentwurf nicht vorgesehen. Dass die Angst vor einer Privatisierung nicht unbegründet ist, zeigt das aggressive Marketing der Wasserkonzerne in unseren Nachbarländern. Für neoliberale PolitikerInnen wie Frits Bolkestein ist die WRR der erste Schritt zur Liberalisierung des gesamten Wassersektors. Dies belegte Dieter Ewringmann deutlich bei seinen Ausführungen zum Opportunitätsprinzip: In einem freien Markt wäre es für einen Konzern interessanter, billiges Wasser aus der Gemeinde A in der Gemeinde B zu verkaufen, als die Einwohner in A kostendeckend zu versorgen. "Idealtypisch ist dieses Prinzip bei einer Auktion realisiert", so der Umweltökonom. Versteigern statt versorgen, das ist die Logik, die im neuen Europa auf alle Gemeingüter ausgedehnt werden soll.

Raymond Klein

Justice à deux vitesses

Cette fois-ci l'affaire du "Bommeleër" est à l'origine d'une note à Lucien Weiler, le président de la Chambre des députés, par le groupe parlementaire des verts. Ils exigent que la politique d'information du parquet soit mise à l'ordre du jour de la commission juridique de la CHD. Plus précisément, selon les députés Félix Braz et François Bausch, il existe un "avis partagé par de très nombreux observateurs et praticiens de la justice luxembourgeoise [que] la politique d'information du parquet est depuis toujours défailante". Ce jugement peu flatteur est causé par le récent communiqué de presse du parquet sur les liens hypothétiques entre l'affaire dite du "Bommeleër" et le prince Jean de Luxembourg. Fait marquant: c'est surtout la façon de procéder du parquet, qui est contestée par les verts et non pas les conclusions tirées quant à l'absence d'implication du prince dans les attentats à l'explosif des années 1985 et 1986. Ainsi, selon les verts, "le parquet n'est intervenu de cette façon qu'à d'exceptionnelles occasions". Pour éviter l'impression d'une justice à deux vitesses auprès de la population, il conviendrait aux milieux concernés de discuter "à tête reposée, de la qualité et l'envergure de la politique d'information du parquet".

Culture et économie ne font pas bon ménage

Le 8 mars dernier le Conseil des communautés portugaises du Luxembourg (CCP) faisait part à la presse de ses vives inquiétudes concernant le renvoi du directeur de l'Institut Camões, le centre culturel portugais. Ils déplorent en particulier le caractère unilatéral de cette décision, qui, selon eux, serait tout à fait contraire à la loi. De plus le moment choisi pour ce licenciement est des plus inopportuns: en vue de l'année culturelle 2007, la communauté portugaise du Luxembourg sera donc sans réelle représentation. Ce qui est est - vu la taille de cette communauté - totalement inapproprié pour un événement qui se veut ouvert au pluralisme culturel.

Le ministère des affaires étrangères luxembourgeois - qui finance en grande partie les activités de l'Institut Camões - et celui du Portugal seraient responsables à part égales de ce cette décision malencontreuse. En effet, le ministère portugais est en train de supprimer 39 postes dans le monde entier. La plupart de ceux-là se situeraient dans le domaine de la promotion culturelle. A ce jour, les responsables du CCP n'ont aucune alternative au départ de leur directeur, et à la situation précaire dans laquelle ils ont été mis.



dei aner wochenzeitung

Invitation

Les membres de la société coopérative woxx sont invité-e-s à assister à l'

assemblée générale ordinaire

qui aura lieu le jeudi, 30 mars 2006, à 18h30 dans les locaux du woxx au 51, avenue de la Liberté à Luxembourg.

Ordre du jour:

- rapport de l'ancien conseil d'administration
- rapport financier de l'année 2005
- rapport des commissaires aux comptes
- décharge du conseil d'administration
- appel aux candidatures et élection d'un nouveau CA
- élection des commissaires au comptes
- perspectives du projet
- divers